

Öffentliche Niederschrift
über die Sitzung des Schulausschusses am
Donnerstag, 14.03.2024, 16:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 111 des Rathauses, 46236 Bottrop
- Nr. 2 /2024 -

Anwesend unter dem Vorsitz von **Rainer Hürter**:

ordentliche Mitglieder

Herr Bugdoll, Tobias	SPD	
Ratsfrau Dr. Bunse, Antoinette	CDU	
Bezirksvertreter Damann, Peter	CDU	
Herr Dereli, Erdal	DKP	
Ratsfrau Dominas, Marianne	ödp	abwesend ab 17:49 Uhr
Bezirksvertreterin Hallwaß-Mousalli, Gabi	Grüne	
Ratsherr Hermens, Sven	Linke	
Ratsfrau Jungmann, Susanne	CDU	
Ratsfrau Lange, Sigrid	B`90/Grüne	
Ratsherr Melzig, Jan	SPD	
Ratsherr Mersch, Andreas	FDP	
Bezirksvertreter Nowak, Dominik	CDU	
Ratsherr Dr. Sieger, Harald	SPD	
Ratsfrau Sochert, Birgit	SPD	
Ratsherr Todt, Andreas	SPD	

beratende Mitglieder:

Frau Eichwald-Wiesten, Gabriele
Herr Fontein, Gregor
Herr Heuwieser, René
Frau Kobler, Gertrudis
Herr Mattheis, Tobias abwesend ab 17:40 Uhr
Herr Pawliczek, Rainer
Frau Reich, Stefanie abwesend ab 18:34
Herr Tewes, Guido
Herr Walter, Christian
Herr Zandbergen, Marc

stellvertretende Mitglieder:

Frau Bernsdorf, Christine

Vertreterin für Frau Elke Rosner

Ratsherr Buschfeld, Matthias	SPD	Vertreter für Ratsfrau Tina Keil
Ratsherr Gutsche, Joachim	B`90/Grüne	Vertreter für Ratsherrn Andreas Hein
Ratsfrau Jung, Margit	SPD	Vertreterin für Frau Michaela Butgereit-Vidane
Ratsfrau Kohmann, Anja	SPD	Vertreterin für Herr Klaus Kaminski
Ratsherr Lehr, Rüdiger	SPD	Vertreter für Frau Meike Schöps

Verwaltung:

Dezernentin Frau Alexius-Eifert
 Frau Granow-Keysers
 Frau Koschate
 Frau Kriskov
 Herr Große-Venhaus
 Herr Müller

Fischlein, Fabian

Schriftführer

Vorsitzender Hürter eröffnet die Sitzung des Schulausschusses um 16:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist. Er dankt den Beteiligten der am vergangenen Montag stattgefundenen Demonstration „Sternmarsch für Demokratie, Toleranz und kulturelle Vielfalt“.

Vorsitzender Hürter stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt 1 der nicht öffentlichen Sitzung im öffentlichen Teil als Tagesordnungspunkt 3 abzuhandeln. Er begründet den Antrag damit, dass die Schulentwicklungsplanung in der letzten Zeit zunehmend interessanter für die Öffentlichkeit geworden ist und Transparenz geschaffen werden soll.

Ratsherr Buschfeld verweist darauf, dass eine Aussprache über einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt nicht im öffentlichen Teil der Schulausschusssitzung erfolgen kann.

Vorsitzender Hürter stellt daher die nicht Öffentlichkeit her.

Ratsfrau Lange fragt nach der Meinung der Verwaltung zu dem gestellten Antrag. Sie möchte wissen, welche Punkte ggf. in der öffentlichen Sitzung besprochen werden könnten.

Herr Nowak schildert den Verlauf der Vorbesprechung zur Sitzung der Bezirksvertretung Kirchhellen. Er verweist auf die öffentliche Vorlage und die Diskussion um den nicht mehr beabsichtigten Bau einer neuen Sporthalle in Kirchhellen. Dies wurde mit der Schulentwicklungsplanung begründet. Er findet das Verfahren als nicht zielführend, da eine Schulentwicklungsplanung noch nicht abgeschlossen ist. Er wünscht sich daher eine öffentliche Aussprache.

Frau Alexius-Eifert führt die gesammelten schlechten Erfahrungen aus der aufgelösten Arbeitsgruppe zur Schulentwicklungsplanung auf. Sie erwähnt die daraus resultierenden negativen Auswirkungen für betroffene Schulen. Es gehe auch nicht darum, die Debatte gänzlich der Öffentlichkeit zu entziehen. Teile von Informationen würden im Anschluss der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Hier sollte aber zum Schutz der betroffenen Schulen überlegt gehandelt werden.

Ratsfrau Sochert findet die zuvor genannten Argumentationen sprechen für einen Verbleib des Tagesordnungspunktes im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Ratsherr Buschfeld ist schockiert darüber, dass die einzelnen Fraktionssprecher nicht im Vorfeld durch den Vorsitzenden über eine Änderung des Verfahrens informiert wurden. Er

nennt Faktoren, die zur Einordnung der Tagesordnungspunkte in den entsprechenden Teil der Sitzung ausschlaggebend sind. Er bittet darum, dass zukünftig im Vorfeld eine Information an die Beteiligten erfolgen soll. Er sieht sich nicht in der Lage kurzfristig über den Antrag entscheiden zu können. Er würde es begrüßen, nach Abhaltung des Tagesordnungspunktes darüber zu entscheiden, welche Informationen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen.

Ratsherr Hermens würde sich darüber freuen den Tagesordnungspunkt öffentlich zu behandeln. Er sieht keine zwangsläufigen Gründe für eine nicht öffentliche Beratung. Er schließt sich der zuvor genannten Kritik an und sieht sich zu spät über den Antrag informiert.

Ratsfrau Dr. Bunse bezieht sich auf die erschienenen Zeitungsartikel zur Errichtung einer neuen Schule. Sie sieht ganz persönlich einen Zusammenhang zwischen der Schulentwicklungsplanung und der Stadtentwicklung. Sie sieht daher ebenfalls eine Bedeutung der Debatte für die Öffentlichkeit.

Ratsfrau Dominas gibt an, dass es eine Art Schutzraum geben muss. Sie betont, dass Ihre Ratsgruppe aus den Vorberatungen ausgeschlossen ist. Sie kann ebenfalls nicht spontan über den Antrag entscheiden. Sie möchte, dass im Rahmen einer Diskussion keine Schule benachteiligt dargestellt werden soll, und wird nicht für den Antrag stimmen.

Ratsherr Mersch schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Bunse an.

Ratsfrau Lange betont, dass die Interessen der Schulen gewahrt werden sollten. Dazu bietet sich ein geschützter Raum an. Es sollte abgesprochen werden, welche Informationen im Anschluss an die Debatte der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Damit würden allen Interessen gedient werden.

Vorsitzender Hürter kommt dann zur Abstimmung. Der Antrag des Vorsitzenden wird mehrheitlich abgelehnt. Im Anschluss wird die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Er teilt den Anwesenden mit, dass die Reihenfolge der Tagesordnung so bestehen bleibt

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

TOP	Nr. der Drucksache	Inhalt
1	2024/0101	Haushalt 2024 hier: Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)
2		Antrag der SPD zur Einleitung des Projekts "Europa in der Innenstadt"
3		Anfragen und Mitteilungen

Sitzungsverlauf

A) Öffentliche Sitzung:

1	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	2024/0101 Vorberatung
---	-------------------------------------	--------------------------

Haushalt 2024
hier: Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)

Beschluss:

Der Schulausschuss stimmt den in der Anlage befindlichen Konsolidierungsmaßnahmen einschließlich beschlossener Änderungen und Ergänzungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Erläuterungen:

Vorsitzender Hürter schlägt vor, dass über die den Schulbereich betreffenden Maßnahmen eine Diskussion erfolgen soll. Er bittet das Gremium um entsprechende Wortmeldungen.

Ratsfrau Dominas sieht sich nicht in der Lage über die Gesamtmaßnahmen abstimmen zu können. Sie schlägt eine einzelne Abstimmung über die Maßnahmen vor.

Ratsfrau Dr. Bunse möchte, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen jährlich überprüft werden und Änderungen entsprechend berücksichtigt werden. Sie geht davon, dass die Verwaltung prüft, ob die hinter den Maßnahmen stehenden Aufgaben durch andere Kooperationen etc. weitergeführt werden. Hier soll zukünftig seitens der Verwaltung eine Überwachung erfolgen. Die CDU-Fraktion wird sich zu einzelnen Punkten nicht äußern, sie möchte dem Gesamtpaket unter den zuvor genannten Aspekten zustimmen. Sie sieht die Konsolidierungsmaßnahmen als notwendig an. Nur so-, können weitere Maßnahmen der Bezirksvertretung verhindert werden.

Ratsfrau Sochert hat keine Bedenken hinsichtlich einer Abstimmung über einzelne Maßnahmen.

Ratsfrau Lange gibt an, dass ihre Fraktion ebenfalls einzeln über die Maßnahmen abstimmen will.

Vorsitzender Hürter beginnt dann mit einer Abstimmung zu den einzelnen Maßnahmen.

Zunächst erfolgt eine Diskussion über die Maßnahmen betreffend der Elternbeiträge.

Ratsfrau Dominas lehnt die Erhebung von Elternbeiträgen kategorisch ab, somit lehnt Sie eine Erhöhung dieser ebenfalls ab.

Frau Granow-Keysers erläutert die Berechnungsgrundlage zur Erhöhung der Elternbeiträge um drei Prozent. Hierbei wird in Anlehnung an die Finanzierung der OGS gehandelt. Hier steigen die Förderbeiträge jährlich ebenfalls um drei Prozent. Die Zuschüsse an die einzelnen Träger werden unabhängig davon behandelt.

Ratsherr Hermens erkundigt sich nach dem Verfahren zur Abstimmung und fragt nach der Menge der zur Verfügung stehenden Redebeiträge.

Vorsitzender Hürter schlägt vor, dass zu jeder Maßnahme ein Redebeitrag erfolgen kann.

Ratsherr Hermens lehnt eine Erhebung der Elternbeiträge ab, er bittet ebenfalls um Überarbeitung der einzelnen Einkommensstufen.

Vorsitzender Hürter lässt dann über die Maßnahme zur Erhöhung der Elternbeiträge abstimmen.

Die Maßnahme wird mit 7 Gegenstimmen beschlossen.

Weiter wird die Maßnahme „kommunale Koordinierung Schule und Beruf“ behandelt.

Frau Granow-Keysers weist auf die Freiwilligkeit der Leistung hin. Sie betont, dass hier nicht eine Bewertung der Aufgabe stattfinden soll. Sie erwähnt die Förderung der Stellen.

Ratsfrau Dominas merkt an, dass die Aufgabe nicht vollständig wegfallen soll. Sie wünscht sich eine Umschichtung und eine Erhaltung im geringeren Umfang.

Ratsherr Hermens sieht den Wegfall nicht als sinnvoll an. Er findet die Vorlage unvollständig und sieht den Wegfall der Fördermittel kritisch.

Frau Alexis-Eifert verweist auf den letzten Schulausschuss und den darin enthaltenen Bericht zur „kommunalen Koordinierung“. Sie erläutert das gute Netzwerk im Stadtgebiet und erwähnt die verbleibenden Akteure. Sie begrüßt den Vorschlag von Frau Dominas. Sie macht deutlich, dass eine Sinnhaftigkeit der einzelnen Aufgaben nicht in Frage gestellt wird. Sie gibt weiterhin an, dass eine Ausfinanzierung durch Land und Bund nicht gegeben ist, obwohl sie diese Aufgaben in der Zuständigkeit dieser sieht.

Ratsfrau Lange fragt, ob es die Möglichkeit gibt, eine reduzierte Stelle für die Aufgabenbewältigung zu erhalten und bittet um eine schriftliche Vorlage in der ganztägigen Haushaltsplanung.

Herr Pawliczek berichtet aus schulischer Sicht über die Wichtigkeit der Koordinierungsstelle. Er erwähnt die Bedeutung für einzelne Schülerinnen und Schüler.

Ratsfrau Dr. Bunse bedankt sich für die Ausführungen und verweist auf ihren vorherigen Wortbeitrag. Sie würde persönlich die Aussage treffen, dass im Bereich der Bildung gar nicht gekürzt werden sollte. Sie sieht eine hohe Verantwortung darin, über den Wegfall solch Elementare Aufgaben zu entscheiden.

Ratsherr Buschfeld verweist auf das Gesamtpaket. Er erwähnt ebenfalls, dass hier auch Landesaufgaben betroffen sind, für die keine ausreichende Finanzierung zur Verfügung steht. Er würde den Vorschlag einer „Rumpfkoordinierung“ unterstützen. Diese könnte dann die wichtigsten Aufgaben weiterhin übernehmen. Er erwähnt die lange Zeitschiene des Maßnahmenkatalogs. Er macht deutlich, dass es jetzt darum geht, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu schaffen.

Ratsfrau Dominas gibt Herrn Buschfeld in weiten Teilen recht, sieht aber den Verweis auf die lange Laufzeit als kritisch. Frau Dominas beantragt einen Prüfauftrag für diese Maßnahme und die Maßnahme betreffend des Bildungsbüros. Hier soll konkret geprüft werden, ob eine halbe Stelle erhalten werden kann.

Ratsherr Mersch gibt an, dass seine Ratsgruppe sich bezüglich der Maßnahmen sehr schwer tut. Er möchte die Entscheidung in den Hauptausschuss verlegen.

Herr Nowak gibt Herrn Buschfeld recht. Die Verwaltung müsse durch einen genehmigten Haushalt handlungsfähig sein. Er erwähnt weitere Stellen an denen eine auskömmliche Finanzierung fehlt.

Ratsfrau Lange kritisiert die Zerschlagung aufgebauter Strukturen und möchte von der Verwaltung genau wissen, wie eine Kompensation erfolgen kann.

Frau Alexius-Eifert verweist auf die Konsequenzen eines Prüfauftrages. Die Aufgaben könnten nicht im bestehenden System aufgefangen werden.

Vorsitzender Hürter lässt über einen Prüfauftrag zur Erhaltung einer halben Stelle entscheiden. Der Prüfauftrag wird mehrheitlich abgelehnt. Er lässt dann über die Maßnahme abstimmen. Die Maßnahme wird mit zwei Gegenstimmen beschlossen.

Weiter wird über die Maßnahme „Bildungsbüro“ diskutiert.

Ratsherr Hermens verweist auf die nicht ausreichende Finanzierung durch das Land. Er kann nicht nachvollziehen, dass hier keine Klage erhoben wird. Er erwähnt die möglichen Folgekosten durch fehlende Orientierung der SuS.

Ratsfrau Lange fragt nach der Finanzierung des Bildungsbüros durch das Land.

Frau Granow-Keysers erläutert die Finanzierung des Bildungsbüros. Sie gibt an, dass die geförderten Stellen durch das Land dann nicht weiter finanziert werden. Weiterhin erwähnt sie, dass die Familiengrundschulzentren in dieser Maßnahme nicht betroffen sind.

Ratsfrau Dominas wiederholt ihren Prüfauftrag. Es soll geprüft werden, ob eine halbe Stelle für das Bildungsbüro erhalten werden kann.

Ratsfrau Lange fragt, wie eine Erhaltung der geförderten Stelle erfolgen kann.

Frau Alexius-Eifert gibt an, dass auch mit einer halben städtischen Stelle, gefördertes Personal des Landes zur Verfügung stehen würde.

Vorsitzender Hürter lässt dann über den Prüfauftrag abstimmen. Dem Prüfauftrag wird mehrheitlich zugestimmt. Eine Abstimmung über die Maßnahme erfolgt somit nicht.

Nun erfolgt die Debatte über die Maßnahme „Bildungskommune“.

Frau Granow-Keysers erläutert die vorgelegten Informationen zu der Maßnahme.

Die Maßnahme wird mehrheitlich beschlossen.

Die Maßnahme zu dem Projekt „Komm auf Tour“ wird mehrheitlich beschlossen.

Weiter kommt es zu einer Debatte „Standardreduzierung in der Schulorganisation“

Ratsfrau Sochert gibt an, dass hierzu seitens der SPD ein Prüfauftrag beantragt werden wird.

Frau Alexius-Eifert erläutert die Maßnahme genauer. Sie gibt an, dass die Anmietung von Schulraum in der Vergangenheit gesunken ist. Sie verweist darauf, dass eine kostendeckende Änderung der Entgelte zur einer Unattraktivität führen würde. Vielmehr sollte eine Prüfung zur Kostenoptimierung beauftragt werden.

Ratsherr Hermens sieht die Abschaffung der Möglichkeit zur Anmietung von Schulraum als kritisch. Dies würde gerade das Vereinsleben treffen. Er findet, dass eine Anpassung der Entgelte erfolgen sollte.

Ratsfrau Dominas unterstützt den Prüfauftrag-

Ratsherr Mersch schließt sich Frau Dominas an.

Vorsitzender Hürter lässt über den Prüfauftrag abstimmen. Dieser wird mehrheitlich beschlossen.

Sodann wird über die Maßnahme „Schulabsentismus“ debattiert.

Ratsfrau Sochert und Ratsfrau Lange fragen -wie das Thema Schulabsentismus zukünftig aufgefangen werden soll.

Herr Nowak verweist auf die Angaben der Verwaltung. Die Aufgaben zum Schulabsentismus sollen in Trägerschaft übergehen. Er macht deutlich, dass die Maßnahmen zukünftig immer wieder zur Prüfung kommen werden.

Frau Granow-Keysers erwähnt ebenfalls die aufgeführten Lösungsansätze in der Vorlage.

Ratsfrau Dominas sind die Aussagen zu der Zukunft nicht eindeutig genug.

Frau Alexius-Eifert erläutert die Konsequenzen nach Wegfall des Projektes.

Vorsitzender Hürter lässt dann über die Maßnahme abstimmen. Die Maßnahme wird mehrheitlich beschlossen.

Der Vorsitzende Hürter bittet dann die Verwaltung um Erläuterung zu der Maßnahme „Schulsozialarbeit“.

Frau Alexius-Eifert erläutert die Maßnahme kurz.

Ratsherr Hermens spricht sich gegen eine Auslagerung von Schulsozialarbeit an einen Träger aus.

Ratsherr Mersch findet es nachvollziehbar, da ja die meisten Stellen der Schulsozialarbeit bereits von einem Träger bedient werden.

Daraufhin wird die Maßnahme mehrheitlich beschlossen.

Das Gremium nimmt sich dann der Maßnahme zum Bundesfreiwilligendienst an.

Frau Granow-Keysers erläutert die Maßnahme und erklärt die Aufteilung der Stellen.

Ratsfrau Dominas möchte wissen, bei welchen Schulen eine Stelle wegfallen wird.

Frau Granow-Keysers verweist darauf, dass eine Verteilung der Stellen jedes Jahr neu erfolgt. Allein auf die Schule am Tetraeder entfallen 9 Stellen.

Im Anschluss wird die Maßnahme mehrheitlich beschlossen.

Ratsherr Hermens fragt nach den noch zu erwartenden Kosten für das Gutachterbüro „biregio“, er sieht hier Einsparmöglichkeiten. Weiterhin schlägt er dem Schulausschuss vor, dass neu eingeführte Dezernat V schnellstmöglich wieder abzuschaffen. Die Verwaltung soll hierzu beauftragt werden. Er begründet dies damit, dass es bislang keine Vorteile für die im Dezernat beheimateten Bereiche gab. Vielmehr gibt es Streichungen wie beispielsweise bei der Schulsozialarbeit.

Frau Granow-Keysers gibt an, dass die Kosten für biregio im Haushalt laufend enthalten sind. Sobald der Schulentwicklungsplan abgeschlossen ist, fallen diese Kosten weg.

Ratsherr Hermens möchte, dass der Vertrag mit biregio frühestmöglich gekündigt werden soll.

Frau Alexius-Eifert verweist darauf, dass dann die Schulentwicklungsplanung nicht fortgeführt werden kann.

Ratsfrau Dr. Bunse schämt sich über die Ausführungen von Herrn Hermens zur Abschaffung des Dezernates V und sieht eine rote Linie überschritten.

Ratsherr Hermens betont ausdrücklich, dass es sich nicht um einen persönlichen Angriff gegen Frau Alexius-Eifert handelt.

Vorsitzender Hürter schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Bunse an und sieht die Zusammenarbeit mit dem Dezernat V als äußerst positiv an.

Frau Alexius-Eifert möchte nicht weiter auf die Wortmeldung von Herr Hermens eingehen. Sie ist immer offen für Kritik in angemessener Form. Sie stellt klar, dass nicht am Umfang der Schulsozialarbeit gespart wird. Sie gibt an, dass Stellen der Schulsozialarbeit aus dem weggefallenden Programm „Aufholen nach Corona“ trotz der angespannten Haushaltslage aus dem Haushalt der Stadt Bottrop weitergeführt werden und sieht das als Erfolg.

Vorsitzender Hürter lässt über den Antrag von Herrn Hermens abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

2

Zuständigkeit:

Antrag der SPD zur Einleitung des Projekts "Europa in der Innenstadt"

Ratsfrau Sochert erläutert den Antrag genauer und stellt die Hintergründe dar. Sie hebt in diesem Zusammenhang den erfolgreichen Sternenmarsch hervor.

Ratsfrau Dr. Bunse sieht dieses Projekt als eine innerschulische Angelegenheit und sieht es als schwierig an, über Fensterflächen von verschiedenen Eigentümern zu verfügen. Sie sieht bereits Tätigkeiten der Schulen in diesem Bereich und findet den Antrag hier an falscher Stelle.

Ratsfrau Lange sieht ein Bedürfnis der SuS in die Öffentlichkeit zu gelangen. Sie wünscht sich eine Ausweitung des Projektes auf die vorgestellten Nachhaltigkeitsvorschläge der SuS.

Ratsfrau Dominas sieht die Umsetzung als schwierig an. Sie findet, dass die Verwaltung diese Aufgabe nicht zusätzlich übernehmen kann. Sie bittet die Schulvertreter über eine Einschätzung.

Ratsherr Mersch kann den Antrag nicht verstehen und sieht keinen Handlungsbedarf für den Schulausschuss.

Ratsherr Hermens findet den Antrag unverständlich. Er findet es schwierig den Schulen dieses Projekt auf zudiktieren.

Ratsherr Buschfeld findet die Ausführungen von Frau Sochert verständlich. Er schlägt vor, wie eine Umsetzung erfolgen könnte. Er macht deutlich, dass nicht in Schulthemen regiert werden soll. Er sieht keine Mehrbelastung für die Stadtverwaltung. Er hält das Projekt für sinnvoll. Der Antrag soll aufrechterhalten werden.

Frau Alexius-Eifert sieht den Antrag als ein Angebot an die Schulen, welches dann ggf. über die Wirtschaftsförderung abgewickelt werden soll. Der Arbeitsaufwand für die Verwaltung sei nicht hoch.

Herr Heuwieser gibt eine Einschätzung aus schulischer Sicht ab und sieht ein zeitliches Problem.

Ratsfrau Lange unterstreicht ihre Forderung nach einer Ausweitung des Projektes.

Ratsherr Hermens fragt ob seitens der Schulen auf die SPD zugegangen worden ist.

Ratsfrau Sochert gibt an, dass es Anfragen von jungen Erwachsenen gab.

Frau Dr. Bunse bedankt sich für die Beiträge und verweist auf Projekte von Stiftungen zum Thema Demokratie.

Herr Nowak geht auf den Antrag der SPD ein und schlägt eine Änderung des Antrags vor. Es soll eine Empfehlung an die Schulen ausgesprochen werden. Diese könnten dann Kontakt zur Wirtschaftsförderung aufnehmen. Der Schwerpunkt „Europawahl“ könne weggelassen werden und so auch im Hinblick auf die drängende Zeit eine Verschönerung der leerstehenden Gebäude erfolgen.

Ratsherr Buschfeld nimmt die Idee auf und würde es begrüßen, SuS eine solche Fläche zur Verfügung zu stellen.

Ratsfrau Jungmann findet, dass die Verwaltung nicht mit der Vermittlung von Flächen zur Gestaltung durch SuS beschäftigt werden soll. Sie sieht das Thema als wichtig an, allerdings sollten SuS eigenständig tätig werden.

Ratsfrau Dr. Bunse verweist auf die kritische Haushaltslage der Stadt Bottrop und fragt sich, ob Kapazitäten für ein solches Projekt zur Verfügung stehen.

Frau Alexius-Eifert gibt an, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung eine Bearbeitung ohne großen Aufwand erfolgen könnte.

Vorsitzender Hürter lässt über den abgeänderten Antrag abstimmen. Der Antrag wurde hinsichtlich des Schwerpunktes „Europa“ abgeändert und entsprechend allgemeiner gefasst. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

3

Zuständigkeit:

Anfragen und Mitteilungen

Vorsitzender Hürter berichtet von einer Einladung der „WiN-Emscher-Lippe GmbH, die an den Schulausschuss gerichtet wurde. Diese wird im Anschluss elektronisch an die Mitglieder verteilt.

Vorsitzender Rainer Hürter schließt die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 18:03 Uhr und bedankt sich bei den Zuschauern für Ihre Teilnahme.

(Rainer Hürter)

Vorsitzender

(Fabian Fischlein)

Schriftführer